

## 8. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2021 – Pressespiegel 20.07.21



<https://www.evangelisch.de/inhalte/188454/15-07-2021/suchtforscher-kritisieren-deutsche-alkohol-und-tabakkontrollpolitik>

### **Suchtforscher kritisieren deutsche Alkohol- und Tabakkontrollpolitik**

**Jährlich sterben 40.000 Menschen an den Folgen von Alkoholkonsum, 127.000 starben 2020 an den Folgen des Rauchens. Suchtforscher kritisieren eine falsche Alkohol- und Tabakkontrollpolitik in Deutschland.**

**15.07.2021 epd -[Leiden und Krankheit](#)**

Berlin (epd). Suchtforscher werfen der Bundesregierung Versagen bei der Alkohol- und Tabakprävention vor. Sowohl in Bezug auf die Alkohol- als auch auf die Tabakkontrollpolitik habe Deutschland eine sehr industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung, heißt es in dem am Donnerstag in Berlin vorgestellten 8. Alternativen Drogen- und Suchtbericht. Die gesundheitlichen und sozialen Kosten, die die Gesellschaft dafür zahlen müsse, seien sehr hoch. Herausgeber des Berichts ist der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik akzept e.V., ein Zusammenschluss von 55 Verbänden und Einrichtungen aus Forschung und Praxis.

Am Beispiel der Alkoholkontrollpolitik würden die Versäumnisse sehr deutlich, sagte der Frankfurter Suchtforscher Heino Stöver. Viele Möglichkeiten wie eine sehr viel höhere Alkoholsteuer blieben ungenutzt, um die gesellschaftlichen und sozialen Schäden auf vielen Ebenen abzuwenden. "Wir leiden unter den gesundheitlichen und sozialen Kosten", sagte Stöver. So gehörten alkoholbezogene Unfälle, Gewalttaten, sexuelle Übergriffe und ähnliches mit Abstand zu den größten mit psychoaktiven Substanzen assoziierten Risiken im öffentlichen Raum. "Wir können nicht von einer konsistenten Alkoholkontrollpolitik sprechen", kritisierte Stöver. So würden beispielsweise Werbebeschränkungen bei Alkohol kaum diskutiert.

40.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen von Alkohol, wie der Psychologe Jakob Manthey vom Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie an der TU Dresden sagte. Die Steuern auf Alkohol seien nicht nur zu niedrig, wenn aktuell ein Bier mit fünf Cent und eine Flasche Wodka mit 3,50 Euro besteuert werde. Sie seien auch an die Preisentwicklung nicht angepasst worden, kritisierte Manthey. So sei Alkohol anders als in anderen europäischen Ländern in Deutschland im Laufe der Jahre immer erschwinglicher geworden.

Ähnlich verhält es sich laut Suchtforscher Stöver mit dem Tabakkonsum, dessen Folgen die Gesellschaft jährlich 97 Milliarden Euro kosteten. 127.000 Menschen seien 2020 wegen Rauchens gestorben, mehr als 450.000 müssten jährlich wegen tabakbezogener Probleme in Krankenhäusern behandelt werden. 28 Prozent der Erwachsenen in Deutschland rauchten. Diese Zahlen verdeutlichten "die Wucht des Problems".

Auch die Drogenpolitik kritisieren die Autoren als falsch. Während die Prävention bei den legalen Drogen auf sehr niedrigem Niveau stagniere, drehe sich die Kriminalisierungsspirale bei illegalen Substanzen ungebremst weiter, kritisierte Hubert Wimber, früherer Polizeipräsident von Münster. Mit 365.753 polizeilichen Ermittlungsverfahren seien noch nie so viele sogenannte Rauschgiftdelikte in einem Jahr registriert worden wie 2020. Ganz überwiegend (80 Prozent) sei es dabei lediglich um Eigenbedarf gegangen.

Wimber, der für eine Freigabe von Drogen plädiert, nannte die Strafverfolgung von Drogenkonsum eine "Verschwendung von polizeilichen und justiziellen Ressourcen", ohne dass das Auswirkungen auf die Nachfrage habe. Die Chance auf eine kontrollierte Abgabe werde so vertan.

-----

<https://www.jungewelt.de/artikel/406437.drogenpolitik-gesundheitliche-und-soziale-sch%C3%A4den-verhindern.html>

**Junge Welt**

[Ausgabe vom 16.07.2021](#), Seite 8 / Inland

Drogenpolitik

**»Gesundheitliche und soziale Schäden verhindern«**

Report zu Drogen- und Suchtfragen vorgestellt. Verband kritisiert Ausrichtung der Drogenpolitik. Ein Gespräch mit Heino Stöver

*Interview: Markus Bernhardt*



**Am Donnerstag hat der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, Akzept e. V., den »Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2021« vorgestellt. Was behandelt er?**

Der Bericht eröffnet eine konstruktiv-kritische Perspektive auf aktuelle Entwicklungen im Drogen- und Suchtbereich. Er informiert über vorbildliche Projekte und innovative Ansätze, weist auf Missstände und Blockaden hin und entwirft Szenarien für eine künftige Drogenpolitik. Dieses Korrektiv ist weiterhin dringend notwendig. Die Bundesrepublik verfügt zwar über ein differenziertes Hilfesystem, doch eine Vielzahl an Möglichkeiten bleibt ungenutzt: Individuen und Gesellschaft könnten weit besser vor Folgen des Drogenkonsums geschützt werden. Ob es um Tabak und Alkohol geht oder um illegale Substanzen: Die Zahl derer, die an den Folgen ihres Drogenkonsums erkranken oder versterben, könnte wesentlich geringer ausfallen. Gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgekosten könnten drastisch sinken. Ein sehr viel effektiverer Einsatz von Ressourcen ist möglich.

**Was sind die inhaltlichen Schwerpunkte in Ihrem neuen Bericht?**

Schwerpunktthema ist die Alkohol- und Tabakkontrollpolitik in der BRD. Sowohl in bezug auf die Alkohol- als auch auf die Tabakkontrollpolitik hat sie eine sehr industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung.

**Ihr Bericht moniert, die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben zu Cannabis als Medizin lasse noch immer auf sich warten. Was ist das Problem?**

Zahlreiche Patientinnen und Patienten haben keinen legalen Zugang zu einer Behandlung mit Cannabis-basierten Medikamenten, selbst wenn hierfür ärztlicherseits eine Indikation gestellt wurde. Heute noch wird kriminalisiert, wer die einzig offenstehende Alternative einer Selbsttherapie mit Straßencannabis wählt. Das kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein. Das Betäubungsmittelgesetz wurde geschaffen, um Menschen vor gesundheitlichen Schäden durch Betäubungsmittel zu schützen. Nicht, um kranke Menschen durch strafrechtliche Maßnahmen zu schädigen.

**Welche Forderungen ergeben sich für Sie daraus?**

Apothekenpreise für Cannabisblüten müssen deutlich gesenkt werden. Von der 2019 getroffenen Regelung zur Kostensenkung profitieren einseitig Krankenkassen, nicht Patientinnen und Patienten. Der Genehmigungsvorbehalt der Krankenkassen muss abgeschafft werden, damit die Therapiehoheit in den Händen der behandelnden Ärztinnen und Ärzte bleibt, die Behandlungsindikation nicht länger von Angestellten der Krankenkassen oder Gutachterinnen und Gutachtern des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung gestellt wird.

**Im Gegensatz zum Einsatz von Cannabis – auch als Medizin – ist der Alkoholkonsum gesellschaftlich akzeptiert. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?**

Noch immer wirken Vorstellungen »kontrollierten Alkoholgenusses«. Bei vielen Menschen ist der Konsum aber zum Alltag geworden, hat riskante gesundheitliche und soziale Auswirkungen.

Politikerinnen und Politiker haben Angst, ihre potentiellen Wählerinnen und Wähler zu verprellen. So drehen sie überhaupt nicht an der Kontrollschraube, diskutieren nicht einmal politisch intelligentere Kontrollmodelle.

**Während der Coronapandemie war eine Flexibilisierung gesetzlicher Vorgaben für Konsumentinnen und Konsumenten sogenannter harter Drogen wie Heroin zu beobachten. Erhoffen Sie sich davon künftig einen pragmatischeren Umgang?**

Ja. Änderungen, wie bei der Opioidsubstitution oder beim Umgang mit Straftäterinnen und Straftätern, die Bagatelldelikte begangen haben, zeigen eine Flexibilität, aus der für die Zukunft gelernt werden kann. Das gilt es zu bewahren und auszubauen!

**Wie sähe denn eine Drogenpolitik aus, ginge es nach Ihrem Verband?**

Der achte Alternative Drogen- und Suchtbericht stellt viele Beispiele und Ideen für eine nachhaltige, ganzheitliche Drogenpolitik vor. Sie müssen umgesetzt werden, um weiteres Leid, weitere gesundheitliche und soziale Schäden und eine weitere Verschwendung von Ressourcen zu verhindern. Drogenpolitik sollte evidenzbasiert sein, sich gesundheits- und nicht industriepolitisch ausrichten.

-----  
**Welt+ /Drogenpolitik**

<https://www.welt.de/wissenschaft/plus232565969/Drogenpolitik-Mehr-Schaden-als-Nutzen.html>

**Wie die „Jagd auf Kiffer“ Millionensummen verschlingt**

Veröffentlicht am 17.07.2021 | Lesedauer: 6 Minuten

**Von Julian Aé**

**Ein neuer Bericht zeigt, was viele Experten schon seit Jahren befürchten: Eine restriktive Drogenpolitik und die Kriminalisierung von Konsumenten richten mehr Schäden an, als dass sie Betroffenen und der Gesellschaft nützen. Doch was ist die Alternative?**

Seit mittlerweile acht Jahren gibt der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik „akzept“ seinen jährlichen „Alternativen Drogenbericht- und Suchtbericht“ heraus – quasi als Pendant zum offiziellen Bericht der Bundesregierung. Am Donnerstag wurde die neue Ausgabe, in der Experten verschiedener Fachgebiete zu Wort kommen, der Öffentlichkeit vorgestellt. Erneut zeigt sich, was viele Suchtforscher und auch Strafrechtler seit Jahren predigen: Eine restriktive Drogenpolitik und die Verfolgung von Konsumenten erzeugt offenbar mehr finanzielle und soziale Schäden, als sie verhindert. Es ist ein Kampf gegen Windmühlen - trotz Drogen-Rekordfunden und einem enormen Ressourcenaufwand von Polizei und Justiz, gelingt es weder Märkte trocken zu legen noch Menschen vom Konsum abzuhalten. Schlimmer noch:

Die Anzahl der drogenbedingten Todesfälle nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Sie hat im Jahr 2020 mit 1581 Fällen einen traurigen 20-Jahres-Höchststand erreicht. Auch die polizeilichen Ermittlungsverfahren zu Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz markieren mit 365.753 Fällen einen neuen Rekord. Der überwiegende Anteil davon sind „konsumnahe Delikte“ zum Eigenbedarf.

Sie betreffen also nicht Dealer oder Drahtzieher, sondern ganz überwiegend einfache Kiffer oder Suchtkranke. Um unglaubliche 66 Prozent haben diese Delikte seit 2012 zugenommen, während der Anstieg bei den „Handelsdelikten“ gerade einmal zehn Prozent beträgt. Von einer regelrechten „Jagd auf Kiffer“ spricht Hubert Wimber, ehemaliger Polizeipräsident von Münster, der sich für eine rationalere Drogenpolitik starkmacht und Mitautor des Berichts ist.

Zudem weist Wimber darauf hin, dass es sich bei einem Großteil der entsprechenden Straftaten um sogenannte Kontrolldelikte handelt – sie seien hauptsächlich durch vermehrte polizeiliche Aktivität zu erklären. Die Kriminalitätsspirale drehe sich bei illegalen Substanzen ungebremst weiter – ohne dass dabei der Konsum vereitelt wird. Das jedenfalls zeigten Erhebungen unter Konsumenten.

### **Hohe Kosten, zweifelhafter Effekt**

So wird im Bericht geschlussfolgert, dass sich das Geschehen am Drogenmarkt weitestgehend unabhängig von den Straftatbeständen des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) vollzieht. „Die steigende Nachfrage nach psychoaktiven Substanzen trifft auf das entsprechende Angebot.“ Das Ziel, potenzielle Konsumenten durch Bestrafung von ihrem Konsum abzuhalten, sei „evident gescheitert“.

Ein weiteres ernüchterndes Ergebnis des offensichtlich aussichtslosen „Kriegs gegen die Drogen“ ist der enorme Aufwand von Ressourcen. Bei Straftaten, die nichts mit Drogen zu tun haben, ergebe sich laut Wimber der Anfangsverdacht zu 90 Prozent durch Anzeigen von Betroffenen oder Zeugen – nicht durch aktive Polizeiarbeit. Bei Verstößen gegen das BtMG kehre sich dieses Verhältnis um, denn es gebe im Regelfall niemanden, der sich als Opferfühle und Anzeige erstatten würde. Also werden die Fälle durch Kontrollen, Razzien, Observationsmaßnahmen oder verdeckte Ermittlungen aufgeklärt, die ebenso zeit- wie kostenintensiv sind. Allerdings haben sie einen Vorteil: Sie garantieren hervorragende Aufklärungsquoten für die Statistik.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts ist die Alkohol- und Tabakkontrollpolitik der Bundesregierung, die im krassen Gegensatz zur grundsätzlich restriktiven Drogenpolitik steht. Kritisiert wird vor allem die industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung, für die die gesamte Gesellschaft einen hohen Preis zu zahlen habe. Viele Möglichkeiten, Schäden durch Alkohol- oder Tabakkonsum abzuwenden, blieben nach wie vor ungenutzt.

Alkoholbezogene Unfälle, Gewalttaten oder sexuelle Übergriffe seien laut dem Bericht mit die größten Risiken im öffentlichen Raum. Werbeeinschränkungen oder eine Anpassung der Besteuerung werden nicht einmal diskutiert – obwohl Alkohol im internationalen Vergleich in Deutschland ausgesprochen billig ist. Ähnlich schätzt der Bericht die Politik in Bezug auf Tabak ein. Über 127.000 Menschen sterben in Deutschland jedes Jahr an den Folgen des Rauchens. Fast eine halbe Million Menschen werden wegen tabakbedingter Störungen in deutschen Krankenhäusern behandelt. Das verursacht unglaubliche Kosten von 97 Milliarden Euro pro Jahr. Auch hier könne man nicht (<https://www.welt.de/themen/tabak/>) von einer „konsistenten, Verhaltens- und Verhältnisprävention nutzenden Kontrollpolitik“ sprechen, kritisieren die Autoren.

Doch wie kann es gelingen, der Probleme mit illegalen Substanzen Herr zu werden? Ist der „Krieg gegen die Drogen“ tatsächlich verloren? Vielleicht könnte eine Null-Toleranz-Politik mit besonders restriktiven Gesetzen das Drogenproblem ja doch lösen. Genau diese Strategie verfolgten die USA seit Beginn der 70er Jahre (<https://www.bpb.de/apuz/rausch-und-drogen-2020/321822/internationale-drogenpolitik-ansatze-und-aktuelle-diskurse>) – mit verheerenden Folgen. Die Gefängnisse füllten sich mit Menschen, die wegen kleinster Mengen inhaftiert wurden, der Kampf um den Markt wurde immer brutaler – es geschah das Gegenteil dessen, was man beabsichtigt hatte. Paradoxerweise sind heute gerade die USA Pionier in der Freigabe von Cannabis zum „Freizeitgebrauch“.

Auch in anderen Ländern lässt sich beobachten, dass selbst drakonische Strafen nicht dazu führen, dass Menschen weniger psychoaktive Substanzen konsumieren oder der Handel mit Drogen eingedämmt wird. Im Iran etwa werden weltweit ([https://de.wikipedia.org/wiki/Drogenkonsum\\_im\\_Iran](https://de.wikipedia.org/wiki/Drogenkonsum_im_Iran)) die meisten Menschen wegen Drogenvergehen hingerichtet. Trotzdem hat das Land fast doppelt so viele Drogentote pro Jahr zu beklagen wie Deutschland.

### **Schadensbegrenzung als bessere Alternative**

Ein Ansatz, der sich als erheblich wirksamer herausgestellt hat, ist die sogenannte Harm Reduction, also die Schadensminimierung. Der Grundansatz besteht darin, die Gefahren des Konsums möglichst gering zu halten, große Ressourcen in die Prävention zu stecken und Abhängigen Alternativen anzubieten. Ganz praktisch geht es also beispielsweise darum, Drogenabhängigen Konsumräume zur

Verfügung zu stellen, ihnen saubere Spritzen zu geben oder Substitutionsprogramme anzubieten. Dieser Ansatz wird in Deutschland auch verfolgt, jedoch gibt es laut dem alternativen Drogenbericht noch erhebliches Verbesserungspotenzial.

Mit einem niedrigschwelligeren Zugang zu Substitutionsbehandlungen und der Einrichtung von Drogenkonsumräumen in allen Bundesländern, ließe sich die Zahl der Drogentoten nach Ansicht der Autoren weiter verringern. Ebenso fordern sie, das Medikament Naloxon flächendeckend für Opioidabhängige, deren Angehörige und alle Einrichtungen der Drogenhilfe bereitzustellen. Naloxon ist ein sogenannter Opioid-Antagonist, der die Wirkung von Opioiden wie Heroinaufhebt. Es kann im Fall einer Überdosierung als Nasenspray gegeben werden und so Leben retten. (<https://www.aidshilfe.de/meldung/bundesmodellprojekt-naltrain-startet-leben-rettennaloxon>)

Neben der Harm Reduction wird ein weiteres Konzept immer intensiver und durchauskontrovers diskutiert: Die Entkriminalisierung und kontrollierte Freigabe von weichen Drogen – zumindest von Cannabis, welches die Statistik der Rauschgiftdelikte seit jeher mit großem Vorsprung anführt. Experten haben die Hoffnung, dass eine kontrollierte Freigabe den Schwarzmarkt obsolet machen würde und eine Kontrolle im Sinne des Jugendschutzes so erst möglich wäre. Zudem würden so Staatsanwaltschaften und Polizei entlastet und erhebliche Steuereinnahmen generiert, wo man das Geschäft bisher Kriminellen überlässt.

Bernd Wense ist Mitbegründer des Center for Drug Research an der Goethe-Universität Frankfurt und Mitautor des alternativen Drogenberichts. Er betont, dass viele Probleme erst dadurch entstünden, dass Konsumenten in die Kriminalität gedrängt werden. „Ganz abgesehen davon, dass die willkürliche Kriminalisierung von Millionen Gelegenheitskonsumenten mit der gesellschaftlichen Realität kaum in Einklang zu bringen ist.“

Ist es also Zeit für eine generelle Wende in der Drogenpolitik? Würde eine kontrollierte Freigabe bestimmter Substanzen, eine Entkriminalisierung von Konsumenten, verbunden mit besserer Prävention und besseren Hilfsangeboten für Abhängige, der gesamten Gesellschaft zugutekommen? Diese Frage stellten sich bereits vor acht Jahren 122 Strafrechtsprofessoren, die eine Enquete-Kommission des Bundestags forderten, um die gegenwärtigen Gesetze auf den Prüfstand zu stellen. Passiert ist bislang wenig – spannend dürfte es hingegen in der nächsten Legislaturperiode werden. (<https://schildower-kreis.de/resolution-deutscher-strafrechtsprofessorinnen-und-professoren-an-die-abgeordneten-des-deutschen-bundestages/>)

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/232565969>

-----  
<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurter-drogenbericht-die-gesundheit-kommt-nach-dem-profit-17439729.html>

**Frankfurter Allgemeine Zeitung - FAZnet**

**Der Alternative Drogen- und Suchtbericht, herausgegeben von Frankfurter Suchtforschern, fordert einen Mindestpreis für Alkohol. Er gibt Hinweise, wie eine nachhaltige und ganzheitliche Drogenpolitik aussehen könnte.**

Wein und Bier sind in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern günstig. Knapp 50 Prozent weniger zahlt man hierzulande für [Wein](#), seit 2010 werden alkoholische Getränke in fast jedem Jahr erschwinglicher. Experten der Drogen- und Suchtforschung sehen das kritisch. Denn mehr als 40.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich an Alkohol. Der 8. Alternative Drogen- und Suchtbericht, der am Donnerstag veröffentlicht wurde,

paywall.....

-----  
**GOETHE-UNI online – Aktuelle Nachrichten aus Wissenschaft, Lehre und Gesellschaft**

**15.07.2021**

**Alternativer Drogen- und Suchtbericht: Alkohol- und Tabakkontrollpolitik zu wenig auf gesundheitspolitische Belange ausgerichtet**

Im 8. Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2021, herausgegeben von akzept e.V. und heute erschienen, steht die Alkohol- und Tabakkontrollpolitik im Fokus. Deutschland habe sowohl in Bezug auf die Alkohol- als auch auf die Tabakkontrollpolitik eine sehr industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung, kritisieren die Verfasser. Dr. Bernd Wense vom Centre for Drug Research an der Goethe-Universität (CDR) und Mitherausgeber des Berichts, plädiert im gemeinsamen Vorwort mit Prof. Heino Stöver für eine ganzheitliche und nachhaltige Drogenpolitik: „Am Beispiel des Schwerpunktthemas Alkoholkontrollpolitik werden die Versäumnisse der Vergangenheit deutlich: wir leben in einer sehr alkoholaffinen Gesellschaft; viele Möglichkeiten bleiben ungenutzt, um die vielfältigen Schäden auf mehreren Ebenen für die Konsumierenden, ihr Umfeld und die Gesamtgesellschaft abzuwenden.“ Die Gesellschaft leide unter den gesundheitlichen und sozialen Kosten, alkoholbezogene Unfälle, Gewalttaten, sexuelle Übergriffe und ähnliches seien mit großem Abstand die größten mit psychoaktiven Substanzen assoziierten Risiken im öffentlichen Raum, betonen die Herausgeber.

Ein weiteres Thema des Alternativen Drogen- und Suchtberichts ist die positive Entwicklung durch die Covid-19 Pandemie im Bereich der Opioidsubstitutionsbehandlung. Handlungsbedarf sehe man aber auf dem Feld der drogenbedingten Todesfälle in Deutschland; hier nehme seit 10 Jahren die Zahl kontinuierlich zu und habe im Jahr 2020 mit 1.581 Fällen einen neuen Höchstwert der letzten 20 Jahre erreicht. Deshalb wird im vorliegenden Bericht ein Maßnahmenplan für eine nachhaltige Reduktion drogenbedingter Todesfälle in Deutschland vorgestellt. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Entwicklung von Verhältnisprävention bei legalen Drogen, die auf sehr niedrigem Niveau stagniere, während sich die Kriminalisierungsspirale bei illegalen Substanzen ungebremsst weiterdrehe.

akzept e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik ([www.akzept.eu](http://www.akzept.eu)) wurde im Frühjahr 1990 in Bremen gegründet. Es ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von Praktikern und Forschern, Professionellen und Patienten, Sozialarbeitern, Mediziner\*innen, Juristen und drogenpolitisch engagierten Personen und Verbänden.

-----